

Quelle: <https://gegenzensur.rtde.world/meinung/158617-deutsches-produkt-witali-klitschko-ukrainische/>

Ein deutsches Produkt:

Witali Klitschko, ukrainische Nazis und ein bayrisches Gericht

Von Dagmar Henn

30.12.2022

Man lässt ihn gern reden, den Herrn Klitschko, auch im Fernsehen. Er gilt immerhin als sympathisch. Er hat allerdings äußerst unsympathische Züge, und dass die deutsche Gerichtsbarkeit willig ist, seinen Ruf zu verteidigen, macht das Ganze nicht besser.



Klitschko beim Sekttrinken mit den Bundesministern Nancy Faeser (zweite von links) und Hubertus Heil (rechts) und der deutschen Botschafterin in der Ukraine Anka Feldhusen auf dem Balkon der Residenz der deutschen Botschafterin in Kiew im Juli 2022.

Nun raunt er also von einem russischen Einmarsch in Deutschland: Witali Klitschko, ehemaliger Profiboxer und Süßwarenmodell. Seit 2014 ist er Bürgermeister von Kiew. Eigentlich hätte er mehr werden sollen; das war zumindest der deutsche Plan. Dann gab es das berühmte Telefonat von Victoria Nuland mit Geoffrey Pyatt, in dem es hieß: **"Forget Klitsch. F*ck the EU. Jaz is our guy."**

Übersetzen lässt sich das mit: "Vergesst Klitschko. F*ck die EU. Jazenjuk ist unser Mann." Und so kam es auch, Jazenjuk wurde Oberhaupt der Putschregierung, und Klitschko wurde mit dem Bürgermeisteramt in Kiew abgefunden.



Klitschko: "Nach dem Sieg können wir alles analysieren" – Putin könnte in Deutschland einmarschieren

Dass er überhaupt dort sitzt, ist zur Gänze ein Produkt der deutschen Beteiligung am ukrainischen Desaster. Denn Klitschkos Rolle als Sympathieträger, die durch seine Werbeengagements zementiert worden war, sollte helfen, den Deutschen das Ergebnis der westlichen Einmischung schmackhaft zu machen. Zu diesem Zweck wurde für ihn extra eine Partei aus der Taufe gehoben, mit der pazifistischen Bezeichnung "Udar" (Schlag) und unter reichhaltiger Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU.

Wer nun erwartet, dass Udar deshalb eine demokratische Partei sei, der irrt allerdings. Nicht nur, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung auch eine andere ukrainische Partei förderte – Swoboda, die ursprünglich als Sozial-Nationale Partei gegründet worden war. Auch Udar war von Beginn an mit Bandera-Ideologie durchsetzt. Bereits im Jahr 2012 war sie Teil der "Vereinten Opposition der Ukraine", mit Swoboda. Und wer noch Zweifel hatte, wo Udar einzuordnen ist, konnte diese an dem Wochenende vor dem Putsch 2014 mit dem Überfall bei Korsun zu den Akten legen.

Es gab in der Ukraine, auch in Kiew, nicht nur die Maidan-Demonstrationen, sondern auch Antimaidan-Demonstrationen. Darüber wurde im Westen wohlweislich nicht berichtet. Ebenso wenig, wie darüber berichtet wurde, wofür das metergroße Bandera-Porträt neben der Hauptbühne der Maidan-Proteste politisch stand. Jedenfalls, am 20. Februar gab es ein letztes Mal eine große Antimaidan-Demonstration in Kiew, bei der mehrere Busse mit Teilnehmern von der Krim kamen. Auf dem Rückweg wurden diese Busse überfallen. Dieser Überfall wurde damals, wie es Sitte werden sollte, von den Tätern selbst gefilmt und ins Internet gestellt.

Im Zuge des besagten Überfalls kam es zu mehreren Toten und Schwerverletzten. Die Antimaidan-Demonstranten wurden aus den Bussen geholt, die Busse wurden verbrannt, die Demonstranten gezwungen, auf den Glasscherben der Busfenster zu knien und die ukrainische Hymne zu singen. Sie wurden geschlagen und die ganze Nacht lang durch anliegende Wälder gejagt. Die ersten Aufnahmen dieses Ereignisses kursierten unmittelbar danach, eben weil die Täter diese voller Stolz verbreiteten. Aber die ganze Geschichte wurde – zumindest im Westen – erst Monate später bekannt.

Etwa 350 Demonstranten waren die Opfer dieses Überfalls, und dieses Ereignis hatte einen gewaltigen Einfluss darauf, wie auf der Krim auf den Putsch reagiert wurde. Schließlich sind 350 Zeugen eine ganze Menge für eine Insel mit gerade zwei Millionen Einwohnern. Das Ereignis, das im Westen nur jene mitbekamen, die zu diesem Zeitpunkt bereits Sorgen hegten, was sich da in der Ukraine entwickelte, wird auf der Krim Thema an jeder Straßenecke gewesen sein. Und hat dafür gesorgt, dass die Putschregierung als unmittelbare Bedrohung wahrgenommen wurde.

An diesem Überfall waren Anhänger zweier Parteien beteiligt: von Swoboda und von Udar. Die mit deutschen Steuergeldern finanzierte Partei von Witali Klitschko erwies sich also bereits vor dem Putsch als eine zweifelhafte Organisation, die eher der SA ähnelte als einer demokratischen Partei.

Am 27. Februar 2014 wurde in Kiew übrigens die Zentrale der Kommunistischen Partei der Ukraine gestürmt, die in manchen Regionen des Landes immerhin auf ein Viertel der Stimmen kam. Und bereits am 1. März, also noch vor den Besetzungen in Donezk und Lugansk, forderte Klitschko die Generalmobilmachung in der Ukraine; im Schlepptau eines deutschen Außenministers Steinmeier, der bereits am 23. Februar, das Stichwort von der "territorialen Integrität" der Ukraine in den Raum gestellt hatte. Auf der einen Seite war also die Partei finanziert und mit aufgebaut worden, die mit dazu beigetragen hat, dass die Bevölkerung der Krim diese Ukraine nur noch verlassen wollte. Und auf der anderen Seite wurden die Weichen durch den deutschen Außenminister und die deutsche Marionette Klitschko von vornherein auf Konflikt gestellt.

Ein kleines Detail, das gern übergangen wird, ist, dass die nazistischen Schlägertrupps, von Swoboda, Udar und dem Rechten Sektor, bereits Anfang März 2014 den Status militärischer Einheiten verliehen bekamen. Drei Staatssekretäre des ukrainischen Verteidigungsministeriums wurden damals entlassen, weil sie sich weigerten, diesen Schritt zu vollziehen.



Ukrainische Medien: Deportation aller Russen von der Krim nach Rückeroberung geplant

Andrei Jussow, Funktionär von Udar in Odessa, soll übrigens an den Vorbereitungen des dortigen Massakers beteiligt gewesen sein, was abermals die Nähe zu Organisationen wie Swoboda und dem Rechten Sektor bestätigt; Mitglieder der faschistischen Truppe C14, die es schafft, noch rechts vom Rechten Sektor zu stehen, waren Mitglieder der Stadtwache, einer von Klitschko gegründeten Hilfspolizei. Im Sommer 2014 finanzierte auch Klitschko ein eigenes Freikorps, eines dieser ideologischen Bataillone, die zu Beginn vor allem den Krieg gegen die Bewohner des Donbass führten und schnell zu Teilen der ukrainischen Armee wurden. Der Oligarch Igor Kolomojski legte sich damals die Bataillone Dnjepr 1 und 2 zu. Im August 2014 berichtete auch der *Tagesspiegel* noch einigermaßen wahrhaftig über Asow und die übrigen derartigen Truppen, und schrieb:

"Der Kiewer Bürgermeister und Chef der Udar-Partei, Witali Klitschko, verteilt regelmäßig Schutzwesten, Stahlhelme und Proviant an die großen Bataillone."

Wohlgemerkt, eben nicht an die ukrainische Armee, sondern an privat finanzierte Truppen mit eindeutig nazistischer Ausrichtung... Noch 2015 erstellte die Bundeszentrale für politische Bildung eine Übersicht über diese Bataillone und ihre Kommandeure; inzwischen ist diese Übersicht verschwunden, verblieben ist nur der einleitende Artikel.

Das ist die wirkliche politische Position eines Witali Klitschko. Kein Wunder, dass er immer wieder auch mit Asow-Kämpfern posierte. Er hat mit zur Entwicklung dieser halblegalen Struktur der unzähligen extrem rechten Bataillone (oder inzwischen teils Regimente) beigetragen, die bis heute für Brutalität und Verbrechen berüchtigt sind, als Sperrtruppen hinter der eigentlichen ukrainischen Armee zum Einsatz kommen und stets die Drohung präsent halten, jede ukrainische Regierung, die den Krieg gegen den Donbass zu beenden bereit wäre, jederzeit mit Waffengewalt zu stürzen. Auch wenn all diese Einheiten inzwischen formal Teile der ukrainischen Armee sind, erfüllen sie nach wie vor die Rolle.

Wie eng Klitschko mit dem Nazismus in der Ukraine verbunden ist, wird natürlich heute in der deutschen Presse noch weniger erwähnt als 2014. Schließlich erfüllt er eine wichtige Funktion, wenn er die Lieferung von Leopard 2-Panzern fordert oder – wie jüngst im [Interview](#) mit dem *RND* – gleich einen russischen Einmarsch in Deutschland prophezeit:

"Ihr Deutschen dürft nicht vergessen, ein Teil Deutschlands gehörte ebenfalls zum sowjetischen Imperium. Putin hat jahrelang als KGB-Agent in der DDR gearbeitet. Er könnte auch nach Deutschland einmarschieren."



[Sekretär des Ukrainischen Sicherheitsrats fordert die Vernichtung Russlands](#)

Solche Aussagen, die dazu dienen sollen, die Deutschen bei der ukrainischen Stange zu halten, verkaufen sich natürlich besser, wenn nicht allzu bekannt ist, wofür und mit wem Witali Klitschko tatsächlich steht. Seine Weste muss ebenso blütenrein gewaschen werden wie jene des blutbesudelten Asow-Regiments.

Vielleicht hat deshalb vor kurzem ein bayrisches Gericht die Verbreitung einer Zusammenstellung von Fotos mit acht Monaten Haft geahndet, auf der Klitschko in eben diesen Zusammenhang gestellt wird.



Klitschko hält Händchen mit seinen Partnern Oleh Tiahnybok (links) und Arseni Jazenjuk (rechts)



Doch die sind Neonazis: Tiahnybok ist Parteiführer der faschistischen Partei Swoboda, beide sind beim Hitlergruß fotografiert worden, bei Jazenjuk war Klitschko sogar anwesend (rechts im Bild). Das

"Da das Bild", so das Gericht in seiner Urteilsbegründung, "weder in eine bereits bestehende Diskussion eingebettet wurde noch durch den Angeklagten durch einen entsprechenden Text oder eine entsprechende Ausarbeitung eine inhaltliche Diskussion ermöglicht wurde, kann keine inhaltliche Aufklärung durch den Angeklagten bezweckt worden sein." Das Bild müsse geradezu als Identifikation mit dem Hitlergruß gelesen werden.

Die Tatsache, dass zumindest eine der abgebildeten Personen, eben Witali Klitschko, in Deutschland durchaus bekannt ist und gerade wieder als Propagandist für das ukrainische Regime durch die Presse gereicht wird, spielte für das Gericht keine Rolle; die abgebildeten Personen werden im gesamten Urteil nicht einmal erwähnt. Dass die Verbindung eben dieses Herrn Klitschko mit Personen, deren nazistische Gesinnung erkennbar ist, durchaus bereits ohne lange Kommentare eine politische Information darstellt, die der deutschen Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollte, sah das Gericht ebenfalls nicht.



[EU-Führungsriege "Hosenscheißer": "Experte" warnt vor Einmarsch Russlands in Deutschland](#)

Während also auf der einen Seite von den üblichen Massenmedien beständig behauptet wird, in der Ukraine gebe es keine Nazis, soziale Netzwerke wie Facebook bildliche Nachweise der Tatsache, dass es sie doch gibt, und nicht zu knapp, mit Leidenschaft löschen, tut ein bayrisches Gericht so, als gebe es das ganze Thema "Nazis in der Ukraine" überhaupt nicht, weil nur dann möglich ist, zu behaupten, das Bild habe keinen Kontext. Dabei wird der Kontext gerade zu diesem Bild tagtäglich in den Abendnachrichten geliefert, oder durch Aussagen wie der Forderung nach Lieferung von Leopard-Panzern.

Wenn eine Abbildung von Witali Klitschko, der der nach Selenskij in Deutschland bekannteste ukrainische Politiker sein dürfte, noch nicht genügt, um aus sich heraus einen Kontext herzustellen zu dem

beständigen Gerede von "Solidarität mit der Ukraine", den Waffenlieferungen und den Behauptungen, in der Ukraine gebe es keine Nazis. Dann dürfte künftig kein Bild mehr ohne ausführliche Erläuterungen veröffentlicht werden, selbst wenn es ein so hochaktuelles und allgegenwärtiges Thema wie die Ukraine betrifft.

Aber das bayrische Gericht hat das getan, was vom deutschen Staatsapparat erwartet wird: Es hat sich schützend vor den angebräunten bürgermeisternden Ex-Boxer geworfen. Wo kämen wir denn hin, wenn jedermann einfach die Wahrheit über deutsche Lieblingsmarionetten verbreiten dürfte? Schließlich wird "Klitsch" noch gebraucht, um den Deutschen den Krieg gegen Russland zu verkaufen, als sei er ein Schokoriegel.

Auf die folgenden Schriften wird in dem oben aufgeführten Artikel Bezug genommen:

1)

<https://www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/die-kalaschnikow-als-bueroschmuck-und-der-rechte-sektor-als-ordnungsmacht/>

Die Kalaschnikow als Büroschmuck und der Rechte Sektor als Ordnungsmacht

Nachricht von [Wolfgang Gehrcke](#), [Andrej Hunko](#), 24. November 2014

Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko mit Hinterbliebenen der mehr als 60 beim Massaker am 2. Mai 2014 im Gewerkschaftshaus in Odessa Ermordeten

Von Michael Schlick, Odessa

Der letzte Teil ihrer Ukraine/Russland-Reise führte Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko ans Schwarze Meer, nach Odessa. Sie wollten in erster Linie mit den Angehörigen der Opfer des Massakers vom 2. Mai reden und sich nach dem Stand der Aufklärung erkundigen. Doch bis es soweit war, hatten beide einige ungeheuerliche Erlebnisse. Es fing mit der Dolmetscherin an, die von der deutschen Botschaft in Kiew vermittelt worden war. Gleich nach der Begrüßung dozierte sie über den Rechten Sektor und dessen positiven Wirkens für die Gesellschaft in der Ukraine. Er sei ein Kontrollorgan und schaffe Ordnung in diesen chaotischen Zeiten, so die Dolmetscherin über die Nazi-Combo, von der angenommen wird, dass sie eine große Aktie am Massaker im Gewerkschaftshaus hat. Zudem forderte sie die deutschen Parlamentarier auf, auch mit den rechten Schlägern das Gespräch zu suchen. Das war dann doch des Guten zuviel, und Wolfgang Gehrcke machte der Dame eine Ansage, die wirkte.

Mit ähnlich seltsamen und nicht gerade rechtsstaatlich klingenden Sprüchen wartete kurz darauf Andrej Jussow auf. Das hochrangige Mitglied der Udar-Partei von Vitalij Klitschko steht im Verdacht, an den Unruhen vom 2. Mai organisatorisch nicht ganz unbeteiligt gewesen zu sein. Außerdem findet der Funktionär, dessen Partei letztendlich, so sagen Insider, ein Produkt der deutschen, CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung ist, dass man dem Massaker am 2. Mai auch etwas Positives abgewinnen könne. Schließlich sein dadurch verhindert worden, dass eine ähnliche separatistische Bewegung entstehen konnte wie in Donezk oder Lugansk. Aber natürlich, so das Lippenbekenntnis des Klitschko-Parteigängers, müsse man die Vorgänge vom 2. Mai aufklären. Seine Partei könne, da nicht in der

Regierung, nicht viel dazu beitragen. Als Wolfgang Gehrcke schließlich noch das Modell einer Kalaschnikow im Regal des Politikers entdeckte, war es vorbei mit der Geduld der deutschen Delegation. „So etwas in einem Abgeordnetenbüro zu präsentieren, steht in Deutschland unter Strafe, das ist unmöglich“, erklärte Wolfgang Gehrcke in eher unfreundlichem Ton. Da hat wohl die Adenauer-Stiftung vergessen, dem Udar-Funktionär zu sagen, dass man derlei martialischen Büro-Schmuck besser aus dem Regal nimmt, wenn deutsche Abgeordnete zu Besuch kommen. ‚Was wollen Sie?‘, so die Entgegnung des Klitschko-Jüngers, ‚Die Originale geben wir unseren Menschen auf ihrem Weg in die Freiwilligenbataillone mit.‘ Wenn Eins und Eins zusammengezählt wird, darf man unterstellen, dass die Partei der Konrad-Adenauer-Stiftung sowohl am Massaker in Odessa als auch bei der Entsendung und Bewaffnung der Freikorps, die im Osten der Ukraine im Einsatz sind, beteiligt ist. Der rechte Sektor in der Ukraine umfasst weit mehr als die Parteien, über die in Deutschland dabei geredet wird.

Zwei weitere Gesprächspartner der Linkenpolitiker vertraten auf ihren Gebieten auch eher befremdliche Auffassungen. Da war Professor Sergii Glebov vom Institut für Sozialwissenschaften, der Andrej Hunko ins Staunen versetzte. Er behauptete allen Ernstes, dass die Ukraine-Krise nur durch einen Aufstand in Russland, einen Kreml-Maidan, gelöst werden könne. Inwieweit das Institut des Professors von der CIA finanziert wird, konnte noch nicht eruiert werden. Auch der Gewerkschaftsfunktionär, der mehr über die materiellen Schäden am Gewerkschaftshaus und wer denn wohl schadensersatzpflichtig sei, als über die Aufklärung des Verbrechens am 2. Mai, sprach, löste bei Wolfgang Gehrcke Befremden aus.

Ohne großartige Erkenntnisse endeten die Gespräche mit je einem Vertreter der Stadt- und der Gebietsverwaltung. Allerdings wurde auch hierbei das ganze große Engagement bei der Aufklärung des Mai-Massakers vermisst. Wesentlich gehaltvoller war das Zusammentreffen mit Oleksander Kifak, dem Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Odessa. Kifak sieht trotz aller Probleme und trotz des blutigen Bürgerkrieges die Chance, dass die Ukraine als Staat in der jetzigen Form weiter bestehen bleibt.

Sehr emotional für alle Beteiligten war schließlich das Treffen von Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko mit Müttern und weiteren Angehörigen von Opfern des Massakers. Sie fordern eine lückenlose Aufklärung des Verbrechens am 2. Mai. Ihr Zusammenschluss wird von Anwälten unterstützt und soll auch das Staatsversagen oder gar eine staatliche Beteiligung ermitteln. Schließlich hat es zum Beispiel nach Ausbruch des Brandes über 40 Minuten gedauert, bis die Feuerwehr trotz sofortiger Alarmierung vor Ort war. Und das, obwohl ihr Revier nur wenige hundert Meter vom Gewerkschaftshaus entfernt ist. Auch die Zuschauerrolle einiger Milizionäre, die bei dem Massaker vor Ort waren, muss noch genau untersucht werden. Offensichtlich waren auf den Dächern in der Nähe des Gewerkschaftshauses auch Scharfschützen positioniert, die noch bevor die Demonstranten sich in das Gewerkschaftshaus flüchten konnten, acht Menschen erschossen haben. Andrej Hunko, der sich in den vergangenen Monaten intensiv für die Aufklärung des Massakers eingesetzt hat, versprach den Frauen auch weiterhin jede mögliche Hilfe.

Mit welchen Widerständen die Hinterbliebenen zu kämpfen haben, wurde beim Besuch des Platzes vor dem Gewerkschaftshaus deutlich. Unbekannte hatten in der Nacht zuvor zum wiederholten Mal die Gedenktafel mit den Fotos der über 60 Ermordeten umgerissen. Im Vorfeld des Besuches und der Kranzniederlegung durch die beiden MdB gab es Befürchtungen, dass der Rechte Sektor die Veranstaltung massiv stören wollte. Zum Glück blieb es ruhig.

Die Atmosphäre vor dem Gewerkschaftshaus in Odessa, die Blumen und Kerzen der Trauer und die niedergerissenen Gedenktafeln mit den Bildern der Opfer ist symptomatisch für die Atmosphäre in der Ukraine. Krieg herrscht dort, nicht nur in den Gebieten, wo der offene Bürgerkrieg Tausenden Menschen Leben und Gesundheit raubt.

2)

<https://harpers.org/archive/2021/01/the-armies-of-the-right-ukraine-militias/>

[Letter from Kyiv]

The Armies of the Right The Armies of Inside Ukraine's extremist militias

By Aris Roussinos

Inside Ukraine's extremist militias

January 2021

Outside the city-council offices in Kyiv's Obolon district, Andriy Biletsky was about to give a speech. It was a spring day in 2019, and volunteers from Biletsky's far-right group, the Azov movement, were idling in the sunshine next to the gloomy Soviet-era building, while others milled about in the shade of the birch and linden trees of a nearby park, almost outnumbering the audience members. The volunteers wore tight-fitting T-shirts and heavy military boots, and were ready to record the proceedings with cell phones and camcorders. The spectators, mostly pensioners, clutched plastic shopping bags and gossiped among themselves.

Azov was established in 2014 as a volunteer militia, and was lauded for its heroic intervention in Ukraine's grueling campaign against Russian-backed separatists in the east. Since those early victories, however, Azov has expanded its scope, managing to integrate itself into the military, the police, and other structures of the Ukrainian state. It established its own political party, the National Corps. Biletsky, who commanded Azov's military forces against Russia, is the party's leader.

There was a flurry of activity, gray heads turning and phones held aloft, as Biletsky—a burly forty-year-old sporting a neatly groomed beard and a tight fade—entered the scene. A small crowd of babushkas with henna-dyed hair and young people in combat gear clustered around him as he began to speak. He railed against the traitors and crooks who dominate Ukrainian politics, and boasted of Azov's efforts to offer IT and English lessons to the elderly and unemployed. The crowd applauded. "I'm so glad you are here," cried one old woman when Biletsky opened the floor for questions. "Everyone says the nationalists are Nazis, but really you are patriots." The audience applauded again as Biletsky's tattooed, black-clad entourage scanned the crowd for potential hecklers.

One respectably dressed middle-aged man carrying groceries asked Biletsky why he hadn't deployed his regiment to deal with the crooks in parliament. Biletsky sidestepped the question, reminding the crowd instead of the importance of voting. When the Q and A ended, I pushed myself forward and managed to shake Biletsky's hand. I reminded him that we had an interview scheduled for the next day. "What do you want to ask me about?" he said. "Fascism?" Yes, I replied. He stared at me coldly for a moment and then laughed. "Of course, of course," he said, "I have nothing to hide."

The next morning, his assistant canceled the interview.



Azov members and supporters at the Young Flame Festival, organized by the National Corps, outside Kyiv, August 2019 © Maxim Dondyuk

Ukraine is among the poorest countries in Europe and the closest thing the continent has to a failing state. It is mired in a smoldering conflict with Russian-backed separatists in its eastern provinces, and its state institutions have been almost entirely captured by competing oligarchs. Corruption pervades almost every level of government. Outside Kyiv's metro stations, elderly women in head scarves and bedraggled war veterans beg for change, while nearby the streets are lined with luxury shops and petty gangsters run red lights in black SUVs without fear of rebuke. Millions have emigrated to Poland or Russia for work. The capital has the uncanny feel, at times, of a postmodern Weimar, where Instagram influencers brunch in cafés tricked out in the international hipster style opposite billboards adorned with the faces of Ukraine's martyrs in the war against Russia.

But perhaps Ukraine's clearest departure from the standard model of European liberalism is its proliferation of armed far-right factions, considered by analysts and ordinary Ukrainians alike to be the secretly funded private armies of the elite oligarch class. They fought in the trenches outside Donetsk and now patrol city streets, enforcing a particular vision of order with the blessing of overstretched and underfunded police departments. In some regions, they serve as official election monitors.

Recruitment posters for these militias can be found across Kyiv, calling on disenchanted veterans and disaffected youths to join them in their mission to remake the world by crushing liberalism. To their supporters, these groups are enforcers of the popular will, defenders of the nation against Russian encroachment from the East and liberal values from the West. To others, especially Ukraine's Western-funded NGOs, increasingly isolated outposts of liberal order, they pose a serious and growing challenge to Ukraine's social harmony, and, ultimately, to the state itself.

The most powerful and ambitious of these militias is Azov. Like many of the country's armed far-right groups, it was founded during the 2014 revolution, when the Moscow-friendly autocrat Viktor Yanukovych was ousted in bloody clashes around Kyiv's central square, Maidan Nezalezhnosti. More than one hundred protesters were killed in the city, mostly by snipers from the elite Berkut police force, before Yanukovych was overthrown and forced to flee to Russia. Amid the chaos, former members of Patriot of Ukraine, a neo-Nazi paramilitary group, established Azov. The militia first fought in the capital, then aided the military in battles against Russian-backed separatist forces,

including the reconquest of the city of Mariupol. In November 2014, Azov was officially integrated into the National Guard of Ukraine, with its own armored units and artillery battery. Since then, it has built a wide-ranging infrastructure of civil and military groups—including the National Militia, an auxiliary police force—and spawned a variety of summer camps, training centers, and veterans' programs. In 2016, Biletsky launched the National Corps. While they have thus far polled at around 1 percent, their failure to generate electoral enthusiasm belies their growing presence both on the streets and within the organs of the state.

This spring, as the novel coronavirus triggered an economic crisis across Europe, Azov capitalized on the uncertainty by pumping out a stream of social-media propaganda that highlighted its humanitarian efforts targeting poor Ukrainians. Azov press releases showed masked volunteers disinfecting trams and common spaces in apartment buildings, handing out packages of food to families and retirees under quarantine, and delivering surgical masks to underfunded clinics and hospitals in neglected provincial towns. "During this time, our Volunteers already know better than social services who really needs help," claimed one post.

Volunteers are not shown on TV channels, but activists do their job every day. We help those who really need it. Who needed it before quarantine, and became even more vulnerable during quarantine. National Corps members repaired crumbling orphanages, sewed face masks, and plastered walls with advice on hygiene and social distancing—making a show of performing basic services the Ukrainian state was failing to provide. At the bottom of each press release was a phone number and the exhortation JOIN US! TOGETHER WE WILL OVERCOME ALL DIFFICULTIES!



Riot police in Maidan Nezalezhnosti, February 2014 © Maxim Dondyuk

Ukraine's complex ecosystem of far-right militias and activist groups is populated by many other organizations that, while less influential than Azov, still play a major role in public life. A variety of them—including Tradition and Order, Katechon, Freikorps, Sokil, and Karpatska Sich—appear at demonstrations with Azov, though their branding differs. Some are more overtly Christian in their imagery; some tend toward neo-paganism; others are more openly fascist. The groups promote one another's posts on social media, especially on the Telegram channels used for organizing, indicating that some share members with Azov and thus may act as front organizations for deniable activity, according to Oksana Pokalchuk, the director of Amnesty International Ukraine. More often than not, however, the groups are committed rivals, competing for the largesse of the Ukrainian state and primacy in the country's increasingly heated street politics.

Shortly before Biletsky opted to cancel our interview, I sat in a bright, whitewashed-brick café in a gentrifying district of Kyiv with Julian Kondur, a young Roma activist. The previous year, he told me, the city's Roma population had been the victims of what he called a "pogrom" at the hands of C14, one of Azov's smaller far-right competitors. In April 2018, C14 members burned down a Roma encampment in Kyiv's Lysa Hora park. Kondur's Roma-rights organization had asked the police for protection, but according to Kondur, officers turned a blind eye when C14 returned the next morning to attack the remaining Roma with pepper spray. (The Kyiv police claim they were unaware that the second attack was taking place.) The militia published photographs on its Facebook page glorifying the camp's destruction. "These groups don't fight at war, they fight here," Kondur told me. "To prove that they are also heroes they find an easy target. And Roma were the easy target."

I arranged to meet Evgen Karas, C14's leader, in one of its offices—a windowless stone cellar near the Arsenalna metro station. It comprised a cramped office and kitchen area, as well as a hall where C14's government-funded NGO hosts lectures and workshops for the capital's youth. Karas, his head shaved, arrived half an hour late, locked in conversation with a few young women. Dressed sharply but casually, like the CEO of a tech startup, he settled into the chair opposite me, next to a giant flatscreen television that had been playing Ukrainian music videos. Karas spoke in a rapid, stream-of-consciousness style, defending the valuable role his group played in policing Kyiv, and then expounding a bizarre, unproven claim that Kyiv's police force was engaged in a massive plot to murder elderly and vulnerable people living alone in the city center, bury them in secret graves, and steal their apartments.

When I asked Karas about the Lysa Hora incident, he claimed that the Roma burned down their own encampment, though he admitted that posting photographs of the burning tents on Facebook was probably a misstep. He insisted that C14's role was something akin to Batman's in Gotham City: ensuring justice for a desperate, neglected populace.

Karas gave an account of what he described as a typical scenario: First, one of the few good cops, hamstrung by the corruption of his superiors and the legal system, calls him asking for help closing down an illegal bar selling alcohol to children, or chasing drug dealers off the streets. Then C14's foot soldiers arrest the culprits, handing them over to the police and sitting in on the resulting trials in a blaze of publicity that, Karas assured me, had brought positive results. His men, he told me, clamp down on petty crime and antisocial behavior—things that the country's police are incapable of controlling. "General crime, like robbers, thieves, people who have stolen cars or who are drunk driving, or someone who raped his wife—very often we can do it because we have many on patrol," he said. He noted that many C14 members also belong to the Municipal Guard, an auxiliary police militia created by Kyiv's mayor, the three-time world champion heavyweight boxer Vitali Klitschko. With six hundred members, many of them military veterans or C14 fighters from the front lines, the Municipal Guard took part in the Lysa Hora incident alongside C14 and was responsible for enforcing Kyiv's quarantine measures last year.

According to Karas, C14's effectiveness at maintaining order had translated into some success at the ballot box, at least at the local level, where several members have won elected office. Karas himself serves as a member of the Civil Oversight Council at the National Anti-Corruption Bureau. "I was elected," he emphasized, making a pointed distinction between his group and Azov, whose success he claims is unfairly derived from the patronage of the country's interior minister, the powerful oligarch Arsen Avakov. Karas acknowledged a rumor linking his organization to the director of the country's Security Service, but dismissed it as hearsay. All C14 receives from the state, he said, is funding from the Ministry for Veteran Affairs for rehabilitating soldiers, plus some money from the Ministry of Culture for education, and resources for training journalists in "how to deal with and resist Russian propaganda." For Karas, the problem isn't that far-right groups are getting government funding but that Azov dominates the scene, hoovering up patronage and outcompeting smaller rivals.

On a side street near Maidan Nezalezhnosti, just a few steps from Kyiv's showpiece McDonald's, is Cossack House, one of Azov's administrative centers. Before the revolution, Cossack House provided lodging for military personnel, but when the fighting in the square began, Azov took control, transforming the building into a recruiting center, field hospital, and morgue. They now rent the building from the Ministry of Defense. Behind steel double doors, Cossack House is home to a free gym for potential recruits, as well as offices, lecture halls, and a film club. The building's gray neoclassical corridors display shrines to the group's martyred dead, as well as glossy leaflets promoting their summer camps, funded by the Ministry of Culture, at which children receive patriotic education and weapons training.

I had ventured to Cossack House to meet with Ihor Mikhailenko, the commander of Kyiv's National Militia, who, like many senior Azov figures, is a former member of the neo-Nazi Patriot of Ukraine movement. Although Azov does not formally subscribe to National Socialism, members are known to tattoo themselves with Nazi imagery and fly the swastika flag over their fortifications in the east, in what is either a genuine display of ideological loyalty, an effort to troll their Russian enemies, or both. Ukraine's bloody twentieth-century history creates a certain confusion, as so many symbols of Ukrainian nationalism and the struggle for independence against the Soviet Union are inextricably linked to those who collaborated with the invading Nazi forces against Stalin, a moral and political ambiguity that groups such as Azov exploit to the furthest possible limit. Azov's official logo combines the Wolfsangel rune of the "Das Reich" division of the Waffen-SS with the Black Sun symbol, first employed by SS commander Heinrich Himmler at Wewelsburg Castle in Germany. The group's slick propaganda videos feature young recruits with shaved heads and beards marching in torchlit neo-pagan ceremonies behind a Black Sun shield—imagery as inspiring to disaffected young Ukrainian men as it is discomfiting to the country's Western backers.

Buzzed into Cossack House by the gatekeeper manning its CCTV cameras, I climbed a curving tsarist-era staircase into an empty lecture room, where school desks and chairs stood stacked against the walls, to wait for Mikhailenko. He arrived flanked by a burly retinue, and exuded an air of barely restrained impatience at being interviewed. "We don't have a definite field of activity," he said of the National Militia's policing role. "We are engaged in a very large range of preventive acts of law enforcement in the community, as civilians who are helping law enforcement agencies on a voluntary basis." Mikhailenko had played a central role in Azov's formation as a combat unit, he told me, and he viewed the regiment as his child. "Then I switched to civilian life and saw the problems there," he said. "I realized that it was necessary to act somehow, to change the order on the streets."

Human-rights groups allege that the National Militia's public presence is expressly designed to discourage liberal protest and intimidate civil society, charges Mikhailenko denies. "There are no cases where we have put pressure on activists, or any other kind of illegal activity," he told me. "We are not involved in illicit activities, and all our actions stem from the legislation of Ukraine, in accordance with the law." He claims the National Militia is a solution to the failings of the state—particularly the under-recruitment of police—which has led to rising crime rates, creating in some areas of Ukrainian cities an anarchic atmosphere of impunity, in which drug dealers dominate housing projects and rival gangs engage in shootouts for control of their business enterprises. "The attitude of bystanders to our activities is quite positive," he said. "They say that we need more like this."



Far-right activists at a march in Kyiv to mark the birthday of Stepan Bandera, a hero of the Ukrainian ultranationalist movement © Pavlo Gonchar/SOPA Images/LightRocket/Getty Images

Elsewhere in Cossack House, Azov presented a more rarefied image. At Plomin, Azov's literary salon and publishing outfit, college-aged volunteers, mostly philosophy and literature students in wire-frame glasses and intellectual-chic dress, bustled at their desks. On the walls were posters of the intellectual heroes of esoteric fascism and Germany's interwar Conservative Revolution: Yukio Mishima, Carl Schmitt, Ernst Jünger, Oswald Spengler, Julius Evola. It's a pantheon of radical critics of liberal democracy who have gained popularity online among members of the "alt-right," as well as Europe's radically conservative publishing houses and think tanks, all seeking to take advantage of liberalism's existential crisis. But while France, Germany, and Italy might have comparable institutions, theirs are not backed by armed brigades. Ukraine's uniquely permissive political environment has seen far-right thinkers from across the Western world come to Plomin and Reconquista—a now-defunct lecture hall, restaurant, and mixed-martial-arts fighting club owned by a prominent Azov member—to give speeches lauding the group as an inspiration.

In an October 2018 appearance at Reconquista, since uploaded to YouTube, the American white nationalist Greg Johnson praises Azov, noting that "what's happening in Ukraine is a model and an inspiration for nationalists in all white nations." When I mentioned this to Serhiy Zayikovskii, an artfully disheveled twenty-four-year-old Plomin activist in a DEATH IN JUNE T-shirt, he shrugged. "For us, the works of Greg Johnson look silly and very strange, because we don't understand, you know, why they are doing so much to produce all these things about the ethnostate and so on." On the right as well as on the left, many Ukrainians find the American obsession with race baffling. Instead, Plomin sees itself as a harbinger of a broader, nobler intellectual and spiritual battle against the liberal ethos they believe has brought European civilization to its knees. "We are not interested in race war and so on," said Yulia Fedosiuk, a twenty-six-year-old Plomin staffer whose husband was away fighting for Azov against the Russians, and whose dramatically photogenic features have made her the centerpiece of Plomin's social-media output. "We use the example of the Codreanu movement," she explained, referring to the fascist Romanian leader of the interwar period. "They created this great movement with social initiatives: they built houses, hospitals—they did what the people needed."

The Maidan revolution had made Azov members, along with many other far-right activists in Ukraine, believe that another Europe was within reach. "What I think is that most of the people who took part in the Maidan actions, they were nationalists," said Fedosiuk. "I haven't seen liberals there. Maybe they danced and sang songs, but they didn't take part in radical actions." Anna Klokhnun, a twenty-three-year-old staffer with blond braids, agreed. "Maybe Maidan was a time when all of us could feel that we can create history and our ideas could influence the world for now. And that was the moment when we felt the power and believed that we can make some of our ideas real."

Tasked with converting these ideas into reality is Olena Semenyaka, the thirty-one-year-old international secretary of Azov and the group's diplomatic representative to other radical right-wing and fascist groups across the continent. A 2014 photograph of Semenyaka giving a Nazi salute while holding a Hitler Youth flag is frequently shared by Russian state media in the ongoing propaganda war between the two countries, but at Cossack House her demeanor was significantly less confrontational. In her office—adorned with a poster commemorating the French Identitarian Dominique Venner, who shot himself in Notre-Dame to protest the legalization of same-sex marriage—Semenyaka outlined a vision of Ukraine at the center of an Intermarium, a political union of conservative Central European countries. The idea, which originated in Poland following World War I, could lead to a "pan-Europe," she said, "which could defend its sovereignty and ethnocultural values under the conditions of the growing influence of superpowers, like Russia, and also the growing West, as well as the development of aggressive globalization trends."

While she claimed that her attempts to forge military and diplomatic links with Poland and the Baltic countries have met with some success, her outreach efforts to far-right movements in Western Europe have largely faltered, as many of those groups support Vladimir Putin's Russia, the continent's dominant pole of opposition to liberal democracy. She has also failed to make meaningful connections at the Pentagon. The U.S. State Department has referred to Azov as a hate group, a development she blames on Russian sympathizers within the American media and what she felt was an unfair focus on the group's use of Nazi symbolism. As a direct result of these reports of Nazi links, U.S. military assistance to Azov was banned in 2018. "Obviously now it will be hard to directly incorporate with the defense structures of the U.S.," she told me, "but we are still looking for such opportunities. Definitely both countries would benefit from it."

Despite Semenyaka's travels across Europe and appearances at conferences of like-minded groups, Azov remains a major player only in Ukraine, and there only with the indulgence of the state, whose patronage Semenyaka treats as proof of the group's respectability. For this reason, she was careful not to characterize Azov as a revolutionary movement. "We have some revolutionary trends, we are ready for different scenarios," she said. Azov fighters played a central role in the Maidan revolution, she reminded me, and the group would be ready to rekindle that revolution if the country's president, Volodymyr Zelensky, became "a puppet of the Kremlin." "We are also ready to defend our integrity in the streets," she added. "In this aspect the national revolution scenario can repeat."



Azov recruits at basic training in Mariupol, Ukraine, August 2019 © Maxim Dondyuk

Not long after my visit to Cossack House, I took a creaking Soviet-era overnight train to Uzhgorod, a sleepy border town of low Hapsburg-era buildings nestled at the foot of the Carpathian Mountains. When I arrived, the city's crumbling walls and overpasses were plastered with images of Kalashnikov rifles, the Celtic cross logo of white nationalism, and the message KS88, code for "Karpatska Sich Heil Hitler."

Karpatska Sich is a militia based in the far west of Ukraine. I had seen its promotional materials on a government-funded placard outside a large department store on Kyiv's main shopping street. The posters celebrated the militia's role fighting Russian-backed separatists, comparing it to the Ukrainian militias that had fought for the nation's independence in the early twentieth century. The group's online propaganda, which features acolytes in ski masks and promises assault-weapons training in the region's forested mountains, more closely resembles images from jihadi-run northern Syria than anything in European politics.

In Uzhgorod, Karpatska Sich had just finished hosting a conference for extreme-right organizations from across Eastern and Central Europe. It took place in a medieval castle, perched on a rocky crag overlooking the town. Now the groups were preparing for a march through the streets. Neo-Nazi and fascist groups from Poland, Serbia, Hungary, Finland, and Russia were all represented, their banners displaying eagles and crossed swords. Masked activists held a sign proclaiming EUROPE IS FOR US, OR FOR NO ONE.

I watched the proceedings from the parking lot of a dingy hotel in the town's main square, along with a handful of police officers and Azov's local representatives. These were Samanta Stoilkovic, a cheerful woman who claimed

to be a political refugee from Serbia, and Mikhail Didych, a half-sober fifty-year-old businessman and local organizer for Azov dressed in the business-casual uniform of the petty provincial oligarch.

Didych told me that he didn't anticipate any trouble at the march as long as the boys avoided the "green snake"—alcohol. After one far-right event a few years earlier, he told me, laughing, some of the attendees got drunk and began shouting "unnecessarily provocative slogans: 'Magyars to the knife,' stuff like that." Still, he was confident the event would pass peacefully, despite the minimal police presence. Normally, Azov's own National Militia officers would be patrolling alongside the police. But with no risk of antifascist interference that day, Didych explained, their services were not required.

"There is no other side," he said. "There is no one to resist. [Antifascists] will shake their fists on Facebook tomorrow, but they have neither the courage nor resources for direct confrontation." Stoilkovic told me that the role of Azov's National Militia in Uzhgorod was mainly to discipline the immigrant populations of Indian students and Arab kebab-shop workers in town—to prevent them from harassing women, selling drugs, or drunk driving—and to reassure the locals that this foreign presence was being monitored. Patrolling alongside Karpatska Sich, Azov's National Militia ensures that the streets are kept safe for Ukrainians, she explained. "Here in the Carpathian region we have lots of problems with Hungarians, Gypsies, with students from India and Pakistan," she said. "One month ago there was a knife battle between them, and they harass Ukrainian girls. No one cares about these problems, so someone has to do something about it."

I asked Didych why the Ukrainian state, unlike other European governments, was so willing to cooperate with extremist groups like Azov and Karpatska Sich. Part of the reason, he explained, is that the government vividly remembers the recent revolution, and fears being toppled by a similar uprising. But it's also the simple fact that the oligarchs who run Ukraine are too busy with their tangled business interests to concern themselves much with the tiresome work of politics, allowing the far-right to fill the void. "Perhaps one day they'll notice we have too much freedom," he said, laughing, "because really, we have more democracy than all the rest of Europe put together." To Didych, Ukraine's hospitable environment for far-right street politics presented a welcome contrast to the marginalized status of far-right factions in Western Europe and the United States. "If right-wing movements in Europe are out of moves because they are referred to almost as terrorist organizations, then here we all really understand that right-wing movements are not a threat to the state," he said. "Instead, it is the opposite. They are the engine that moves the state forward."

As the march began, I approached a few Karpatska Sich members, some wearing ski masks, others with shaved heads, long beards, and black hoodies emblazoned with the Black Sun. It became clear that they had known I would be attending and, somehow, that I was of Greek descent. They ordered to me to fuck off, immediately, for my own good. The police shrugged, and I took the first train back to Kyiv.

Aris Roussinos lives in Kent, England.

3)

<https://de.topwar.ru/53140-bratya-klichko-profinansiruyut-ubiystva-mirnyh-grazhdan-na-vostoke-ukrainy.html>

Die Brüder Klitschko werden die Tötung von Zivilisten in der Ostukraine finanzieren

Juni 30, 2014

Laut RIA [«Nachrichten»](#) Der Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, und sein Bruder Vladimir werden dem Bataillon "Kiew", das an Feindseligkeiten im Gebiet von Luhansk beteiligt ist, finanzielle Hilfe leisten. Vitali Klitschko hat dies im sozialen Netzwerk Facebook gemeldet.



Ihm zufolge appellierte das Kommando des 12-Bataillons der Kiewer Territorialen Verteidigungsabwehr persönlich an ihn und teilte ihnen mit, dass sie ohne geeignete Ausrüstung in die Antiterroroperationszone geschickt worden seien. Die Klitschko Brüder beschlossen, aus persönlichen Ersparnissen 3 Millionen 200 Griwna (ca. 270 650 Dollar) zuzuteilen. Der Bürgermeister von Kiew hat bemerkt, dass dieses Geld bereits gekaufte Ausrüstung ist, die zum Militär nächste Woche gehen wird.

In der Zwischenzeit meldet der Pressedienst des Innenministeriums der Ukraine, dass innerhalb der Nationalgarde eine Abteilung für Informationssicherheit eingerichtet wird [ITAR-TASS](#).

"Informationsfluss und Kommunikation, Interaktion und operatives Management von Informationsflüssen in einem Kampfsituationsmodus, Verarbeitung und Interpretation der erhaltenen Informationen, um operative Managemententscheidungen zu treffen, ist keine vollständige Liste der offenen Funktionen des erstellten Managements", sagte der Abteilungsleiter Arsen Avakov und fügte hinzu, dass der Leiter des neuen Managements ernannt stellvertretender Yuri Stets.

Es ist auch erwähnenswert, dass 29 June, der Kommandeur des Donbass-Bataillons, Semyon Semenchenko, auf Facebook schrieb, dass „das letzte friedliche Veche“ am Unabhängigkeitsplatz vorbeigekommen sei.

„Maidan hat heute wirklich gelebt. Sie schreiben, dass dies das "letzte friedliche Veche" ist. Es scheint so. Wir warten auf den 22-00 Montag. Jetzt gibt es einen Teil der Zeit. Bereit, Fragen von Freunden zu beantworten (falls sich das Telefon nicht hinsetzt). Fast alle Fragen. Wenn das Telefon auflegt, antworte ich nachts nicht mehr“, schrieb er.

4)

<https://www.tagesspiegel.de/politik/zu-den-waffen-5640463.html>

Irreguläre Kämpfer in der Ukraine: Zu den Waffen

Von Nina Jeglinski

3.8.2014

Anhänger der alten Machthaber in der Ukraine finanzieren Freiwilligenarmeen. Doch auch die demokratischen Parteien unterstützen solche Truppen. Wie viele es sind, weiß niemand. Aber es dürften ein paar Tausend Kämpfer sein.

Anwälte, Manager, Multimillionäre und sogar Politiker schließen sich in der Ukraine sogenannten Freiwilligen-Bataillonen an. Seit der Annexion der Krim im März dieses Jahres haben sich im ganzen Land Männer und Frauen zum Dienst an der Waffe gemeldet. Wie viele Kämpfer es sind, weiß niemand so genau. Es dürften aber ein paar Tausend sein, denn allein bei der Gründung des Donbass-Bataillons war schon von 600 Kämpfern die Rede. Mittlerweile haben einige dieser Kämpfer eine Art Pop-Star-Status.

Das Donbass-Bataillon

Zum Beispiel [der Chef des Donbass-Bataillons, Semen Sementschenko](#). Obwohl der Mann bislang immer nur mit Sturmhaube aufgetreten ist, ist er durch viele Auftritte in TV-Talkshows einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Wer er tatsächlich ist, wollten oder konnten auch die sonst sehr hartnäckigen Reporter der liberalen Zeitung „Ukrainska Prawda“ nicht herausfinden. Einer der bekanntesten TV-Journalisten des Landes, Mustafa Naidem, strich tagelang mit Sementschenko und seinen Kämpfern durch die Vororte der Stadt Slowjansk und lieferte seinem Publikum Anfang Juli eine Hautnah-Reportage über die Befreiung der von pro-russischen Rebellen besetzten Stadt.

Das Bataillon Donbass hat sich verhältnismäßig spät gegründet. Erst Mitte Mai wurde begonnen, via Facebook um Freiwillige zu werben. Bislang wird immer noch behauptet, die Truppe würde sich ausschließlich durch Spenden finanzieren. Doch nach Informationen des ukrainischen Innenministeriums zählt das Freiwilligenheer aus Donbass zu den zehn stärksten Truppen von insgesamt 30 Bataillonen. Der Gouverneur von Dnipropetrowsk und Oligarch Igor Kolomoiskij macht keinen Hehl daraus, dass er die Männer von Dnipro I und II finanziert.

Das Asow-Bataillon

Die Männer der Asow-Truppe standen im Winter größtenteils auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz und haben sich Auseinandersetzungen mit den berüchtigten Sondereinheiten des damaligen Innenministeriums, Berkut und Alpha, geliefert. [Der Parlamentsabgeordnete und Anführer der Radikalen Partei, Oleg Lyaschko, hat sich den Asow-Kämpfern angeschlossen und einige Wochen mit ihnen gekämpft.](#) Lyaschkos Partei führt derzeit die Umfragen an und kommt auf 32 Prozent, weit vor den demokratischen Parteien. Die Radikale Partei wird vom Oligarchen Sergej Lewotschkin finanziert, der bis Januar 2014 Chef der Präsidentialadministration des gestürzten Präsidenten Viktor Janukowitschs gewesen ist. Lyaschko ist ein ehemaliger Journalist und im Fernsehen sehr präsent.

Vitali Klitschko verteilt Schutzwesten, Julia Timoschenko gründet eine "Widerstandsarmee"

Doch auch die pro-westlichen Kräfte haben erkannt, dass sich mit der Unterstützung der Freiwilligen-Bataillone nicht nur Wählerstimmen holen lassen, sondern auch die Machtbasis in der Ost-Ukraine gefestigt wird. Der Kiewer Bürgermeister und Chef der Udar-Partei, Vitali Klitschko, verteilt regelmäßig Schutzwesten, Stahlhelme und Proviant an die großen Bataillone. Die Vaterlands-Partei der früheren Ministerpräsidentin Julia Timoschenko hat

ihr eigenes Bataillon. Schon vor Monaten hatte Timoschenko zur Gründung einer „Widerstandsarmee“ aufgerufen. Die Männer und Frauen des Bataillons Vaterland kämpfen in den Regionen Lugansk und Donezk. Obwohl die Vaterlandspartei behauptet, die Truppen aus Spenden zu finanzieren, gilt es als ausgemacht, dass Timoschenko den Großteil der Truppe finanziert. Obwohl die 53-Jährige seit Jahren in keiner Vermögensstatistik des Landes auftaucht, gilt sie als einzige Milliardärin der Ukraine. Timoschenko selbst nimmt zu Finanzfragen des Vaterlands-Bataillons öffentlich keine Stellung.

Die Regierung will die Milizionäre in die Polizei eingliedern

Zwei Ziele verfolgen Maskenmann Semetschenko und Timoschenko gemeinsam: Beide wollen bei den vorgezogenen Parlamentswahlen gewählt werden. Semetschenko will erstmals ins Parlament einziehen. Zudem sollen die Freiwilligen-Heere dazu dienen, einen neuen Sicherheitsapparat aufzubauen. Der Berater von Präsident Petro Poroschenko, Anton Gerschtschenko, wird nicht müde zu wiederholen, dass die Männer und Frauen, „die ihre Heimat derzeit vor den russischen Terroristen im Donbass verteidigen, die erste Wahl beim Aufbau einer neuen Polizei sind“. Die Regierung versucht zudem, Teile der Freiwilligen in die regulären Streitkräfte zu holen. Allerdings ist das bisher nicht sehr erfolgreich, weil viele Freiwilligen-Bataillone nach wie vor besser ausgestattet sind als die regulären Kräfte. Timoschenkos Armee berichtete am Wochenende, es sei in einer Geheimmission gelungen, das pro-russische Separatisten-Corps „Ghost“ in Lugansk vollständig zu zerschlagen.

5)

Abgerufen am 1.1.2023

<https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/205916/dokumentation-ukrainische-freiwilligen-bataillone-im-donbass/>

Ukraine

Dokumentation: Ukrainische Freiwilligen-Bataillone im Donbass

4.5.2015

Die Freiwilligen-Truppen an der Seite der ukrainischen Armee sind umstritten - nicht zuletzt, weil sich unter ihnen viele Neonazis und Rechtsextreme befinden sollen. Diese Dokumentation wirft einen Blick auf die größten und wichtigsten Freiwilligen-Bataillone im Donbass.



Die ukrainischen Freiwilligen-Bataillone in Kiew kurz vor ihrer Abfahrt in den Osten der Ukraine. (© picture alliance / Nur Photo)

Bis zu zehn Freiwilligen-Bataillone mit insgesamt etwa 2.000 Mitgliedern kämpfen im Donbass auf der Seite der ukrainischen Armee. Weitere Bataillone übernehmen außerhalb des Donbass polizeiliche Sicherheitsaufgaben, etwa bei Straßenkontrollen. Die Rolle der ukrainischen Freiwilligen-Bataillone im Donbass-Konflikt ist umstritten. Die Bataillone kämpften ursprünglich unkontrolliert neben den staatlichen Einheiten und sind mittlerweile formal in die staatlichen Strukturen eingegliedert. Es gibt jedoch immer wieder Verletzungen der Waffenruhe durch Freiwilligen-Bataillone, die zeigen, dass diese offensichtlich nicht voll in die Kommandostrukturen integriert sind.

Gleichzeitig gibt die offen rechtsextreme Orientierung einiger Bataillone regelmäßig Anlass zu Kritik. Vor allem den Bataillonen Asow und Aidar haben die internationalen Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch Kriegsverbrechen und Straftaten vorgeworfen.

Der politische Einfluss der Bataillone könnte dadurch gestärkt worden sein, dass einige ihrer Vertreter bei den Wahlen im Oktober ins ukrainische Parlament eingezogen sind.

Die folgende Dokumentation gibt basierend auf Presseberichten und frei zugänglichen Internetquellen einen tabellarischen Überblick über die Bataillone und ihre Kommandeure.

Zusammenstellung: Katerina Bosko
